

Die Geschichte des Punkt 43 des Entschuldungshilfeprogramms ist ein Demokratie- und ein Kommunikationsdesaster.

Lassen Sie mich die kurze Zeit nutzen und einen Rückblick wagen.

Zunächst beschließen die großen Parteien noch einmütig einen Zukunftsvertrag, nach im Vergleich ungewohnt aufgeschlossenen Versuchen die Bürger zu beteiligen und in die Diskussion einzubeziehen.

Der Punkt 43 im EHP strebt an durch den Verkauf von 10 Häusern der Stadt Göttingen jährlich den Betrag von 100.000 Euro zu sparen.

Die Verwaltung bot dann nach einem internen Prozess der Politik 10 Häuser zum Verkauf an, von denen wir Kommunalpolitiker dann 10 der angebotenen 10 Häuser auswählen sollten.

Da dort zum Beispiel geplant war das Studentenwohnheim in der Bühlnstraße 28 zu verkaufen, stellten wir im Sommer 2012 (vor nun knapp 3 Jahren) einen Antrag, dass die Verwaltung uns mehr Häuser für eine wirkliche Auswahl anbieten soll. Trotz eindeutigen Votum im Rat hat die Verwaltung entschieden diesen Beschluss bis heute nicht zu bearbeiten und begründete bei Nachfragen die Ergebnislosigkeit mit der Komplexität des Themas.

Das Gebäude an der Bühlnstraße 28 nahm die Verwaltung nach unserem Antrag allerdings ganz unbürokratisch wieder raus. Da mussten wir Politiker dann gar nicht mehr entscheiden.

„Danke?“

Auch heute 3 Jahre nach Beschlussfassung bleibt die Verwaltung ohne Ergebnisse.

Nun komme ich zur Voigtschule.

Obwohl die Verwaltung keine Gründe oder Vorteile für einen gemeinsamen Verkauf von Voigt-Schule und Baptistenkirche nennen konnte, sollten die beiden Gebäude gegen den Wunsch der Bürger gemeinsam verkauft werden.

Das angebotene Verfahren stellte dann von der Idee her durchaus Bereitschaft für Bürgerbeteiligung dar. Erfreulich war, der Ansatz den gebotenen Preis in der Gewichtung für die Kaufentscheidung nur mit 50% zu bewerten. Die Nutzung sollte mit 40% und die Freiflächengestaltung mit 10% in die Beurteilung einfließen. Hier gab es begründete Hoffnung für Transparenz und Bürgerbeteiligung in der Öffentlichkeit.

In der Umsetzung dann gab es leider viele Unstimmigkeiten über die nicht nachvollziehbare Art der Punktevergabe. Über die vergebenen Punkte beim Preis darf ich wegen der Nichtöffentlichkeit keine Details sagen. Nachvollziehbar war die Bewertung für uns aber auch damals nicht.

Ohne Not und wir glauben auch nur mit Hinterzimmerwissen zu verstehen, sollte dann noch im Bebauungsplan das Gebiet vom allgemeinen Wohngebiet in ein Mischgebiet geändert und Verdichtung zugelassen werden, obwohl dies für die geplante kulturelle Nutzung gar nicht erforderlich war. Zum Glück ist dies Ansinnen aber aus guten Gründen gescheitert.

Nun. Gegen unsere Stimme wurden dann beide Gebäude an Herrn Koch verkauft, der in seinem Angebot gar nicht vorgab die Nutzung des Gebäudes hauptsächlich kulturell zu gestalten. Die Verwaltung hat dies dann nach über einem Jahr auch festgestellt und den Verkauf abgeblasen.

Statt dann wie erwartet die Verhandlungen mit den anderen Bietern aufzunehmen, meldete die Stadt plötzlich Eigenbedarf für die Voigtschule an, mit dem seltsamen Ansinnen das städtische Museum dort einziehen zu lassen.

Auch hier haben wir direkt die Unsinnigkeit angemerkt und sind ignoriert worden, bis die Verwaltung mit einiger Verzögerung diese dann selbst eingesehen hat.

Durch das unnötige und nur von der Verwaltung gewünschte Verfahren die Bürgerstraße 13/15 gemeinsam zu verkaufen, konnten leider erst letztes Jahr Verhandlungen über den Verkauf der Baptistenkirche mit den Filmkunstfreunden begonnen werden, welche bis heute andauern.

Vor vier Jahren ist die schulische Nutzung der Voigtschule aufgegeben worden.

Vier Jahre öffentlicher Diskurs. Und plötzlich passiert alles in einer Woche.

Herr Oberbürgermeister Köhler lädt die Fraktionsvorsitzenden zu einem Gespräch über einen Grünenantrag zum Thema Haushalt ein. Da wir voll hinter dem betreffenden Antrag stehen vertrauen wir auf die Grünen und entscheiden uns aus Zeitgründen den Termin nicht wahrzunehmen.

In diesem Hinterzimmergespräch nun offenbart Herr Köhler seine Pläne für alle überraschend. Von der Realität gänzlich unberührt, veröffentlicht die Verwaltung eine falsche Pressemeldung und behauptet, dass alle Fraktionsvorsitzenden durch Herrn Köhler informiert worden seien, obwohl weder Herr Humke noch ich informiert wurden.

Noch am Montagmittag war die Tagesordnung für den Bauausschuss unverändert und so beschloss ich beruflich nach Köln zu fahren. Zwei Stunden nach Hotel- und Reisebuchung erreicht mich die neue und kurzfristige Änderung der Tagesordnung des Bauausschuss über den Verkauf der Voigtschule bereits drei Tage später.

Als einzige Unterlage liegt der Vorlage eine Karte bei, die zeigt wo sich die Bürgerstraße 15 in Göttingen befindet. Wir haben kein Stimmrecht im Bauausschuss und die sogenannte Linke ist nicht anwesend, so dass der Verkauf einstimmig beschlossen wird.

Die damaligen Bieter sind raus aus dem Rennen und wurden auch nicht mehr gefragt.

Damals wurden alle Angebote einer detaillierten Prüfung unterzogen. Über Art und Umfang der kulturellen Nutzung finden wir nur, dass „nicht benötigten Flächen unter anderem für kulturelle Zwecke vermietet werden sollen“. Die geplante Gestaltung der Freiflächen wird gar nicht erwähnt.

Einzig bekanntes Kriterium ist der aber eigentlich nicht-öffentlich geplante Verkaufspreis von nur 400.000 Euro.

Wir behaupten, dass bei Anwendung des vereinbarten Punktesystems das Goetheinstitut nicht klar den Zuschlag bekommen würde.

Korrekt wäre den Punkt heute zu vertagen und das Angebot des Goetheinstituts an den damaligen Kriterien zu messen.

Dabei möchten wir ganz besonders hervorheben, dass das Goetheinstitut ein willkommener Käufer für die Voigtschule ist. Das Goetheinstitut ist international angesehen. Wir freuen uns, wenn hier ein Schritt unternommen wird den Standort in Göttingen zu festigen.

Die anderen Konzepte gefallen uns aber auch. Eine öffentliche Debatte und Interessenabwägung ist hier und heute aber ausgeschlossen.

Wir Piraten kapitulieren vor Verwaltung und SPD.

Wir sind weder gegen das Goetheinstitut noch für den Verkauf einer Immobilie ohne die dazu nötigen Informationen. Eine Enthaltung wird dem von mir hier dargestellten Desaster aber gar nicht gerecht.

Wir Piraten werden daher zur Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt die Ratssitzung verlassen und nicht an dieser teilnehmen. Wir werden diese undemokratischen Vorgänge nicht durch unsere Stimme legitimieren oder gar mittragen.

Wir hoffen, dass

Herr Henze, Frau Binkenstein, Herr Gilewski, Herr Pfahl, Herr Arnold, Frau Fischer, Frau Oldenburg, Herr Holefleisch, Frau Morgenroth, Herr Roth und Herr Humke als stimmberechtigte Mitglieder im Bauausschuss genügend informiert sind, heute einen fundierten Beschluss zu fassen.

Wir sind es nicht. Wenn Sie es sind, wüssten wir gerne woher Sie die ausreichenden Informationen erhalten haben.

Uns ist bekannt, dass Frau Funke vom Aktionsbündnis „BUNTES“ gerne noch eine Stellungnahme zu dem Tagesordnungspunkt abgeben möchte. Dies beantragen wir durch Beschluss zu ermöglichen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.